



An den Bürgermeister der Stadt Alsdorf
Hubertusstraße 17
52477 Alsdorf

Alsdorf, den 06.07.2026

**Ergänzungsantrag zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
„Einrichtung eines Jugendparlaments als Lernort für demokratische
Partizipation und Medienkompetenz“**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Krämer,
Sehr geehrte Damen und Herren,

die SPD-Fraktion begrüßt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Einrichtung eines Jugendparlaments in Alsdorf ausdrücklich. Die Einrichtung eines Jugendparlaments ist ein wichtiger Schritt, um jungen Menschen eine dauerhafte und verbindliche Möglichkeit der Mitwirkung an kommunalen Entscheidungsprozessen zu eröffnen und demokratische Teilhabe nachhaltig zu stärken.

Der Beschlussvorschlag wird daher um folgende Punkte ergänzt:

1. Berücksichtigung des Jugendpartizipationsprojekts

Bei der Erarbeitung des Konzepts für das Jugendparlament sind die Ergebnisse des Jugendpartizipationsprojekts in Alsdorf zu berücksichtigen. Die im Rahmen des Projekts entwickelten Vorschläge und Handlungsempfehlungen sollen als wesentliche Grundlage für die Ausgestaltung des Jugendparlaments dienen.

2. Beteiligung der Jugendlichen an der Ausgestaltung

Die am Jugendpartizipationsprojekt beteiligten Jugendlichen sowie weitere interessierte junge Menschen aus Alsdorf sind in geeigneter Weise an der Erarbeitung der Satzung, der Geschäftsordnung sowie der Arbeitsweise des Jugendparlaments zu beteiligen. Dadurch wird sichergestellt, dass das Jugendparlament von Beginn an die Interessen und Bedürfnisse der Jugendlichen widerspiegelt.

3. Verlässliche finanzielle Ausstattung

Für die Arbeit des Jugendparlaments ist ein angemessenes jährliches Budget im städtischen Haushalt vorzusehen. Dieses soll dem Jugendparlament ermöglichen, eigene Projekte, Veranstaltungen und Beteiligungsformate im Interesse der Kinder und Jugendlichen in Alsdorf zu entwickeln und umzusetzen.

4. Regelmäßiger Austausch mit dem Jugendhilfeausschuss

Das Jugendparlament erhält die Möglichkeit, dem Jugendhilfeausschuss mindestens einmal jährlich über seine Arbeit, Projekte und Anliegen zu berichten. Darüber hinaus soll dem Jugendparlament bei Beratungen über Themen, die Kinder und Jugendliche betreffen, Gelegenheit gegeben werden, seine Positionen und Empfehlungen im Jugendhilfeausschuss vorzustellen.

Begründung

Die SPD-Fraktion unterstützt die Einrichtung eines Jugendparlaments ausdrücklich. Im Jahr 2025 hat die SPD-Fraktion gemeinsam mit den Jugendtreffs in Alsdorf, dem SJD – Die Falken e. V. sowie weiteren Vereinen und Akteuren der Kinder- und Jugendarbeit ein Jugendpartizipationsprojekt durchgeführt. Im Rahmen mehrerer Workshops über den Zeitraum eines Jahres hatten rund 30 Jugendliche die Möglichkeit, sich mit kommunalpolitischen Themen auseinanderzusetzen, ihre Ideen einzubringen und gemeinsam Vorschläge zur Weiterentwicklung der Jugendbeteiligung in Alsdorf zu entwickeln.

Das Projekt hat gezeigt, dass bei den Jugendlichen ein großes Interesse besteht, ihre Stadt aktiv mitzugestalten. Die Teilnehmenden haben sich intensiv mit kommunalpolitischen Fragestellungen beschäftigt und konkrete Ideen sowie Handlungsempfehlungen erarbeitet. Die dabei gewonnenen Erfahrungen können einen wertvollen Beitrag zur Ausgestaltung eines Jugendparlaments leisten. Die Einrichtung eines Jugendparlaments bietet die Chance, die bereits bestehenden Beteiligungsstrukturen sinnvoll zu ergänzen und jungen Menschen dauerhaft eine verbindliche Stimme in der Kommunalpolitik zu geben.

Eine erfolgreiche Jugendbeteiligung setzt voraus, dass junge Menschen nicht nur angehört werden, sondern auch die Möglichkeit erhalten, eigene Ideen umzusetzen und ihre Anliegen regelmäßig in die politischen Gremien einzubringen. Ein angemessenes Budget schafft hierfür die notwendigen Handlungsspielräume. Der regelmäßige Austausch mit dem Jugendhilfeausschuss stärkt die Zusammenarbeit zwischen Jugendparlament und Politik und stellt sicher, dass die Perspektiven junger Menschen dauerhaft in kommunale Entscheidungsprozesse einbezogen werden.

Mit den beantragten Ergänzungen wird das Jugendparlament als dauerhaftes Instrument demokratischer Mitbestimmung gestärkt und die bereits in Alsdorf geleistete Beteiligungsarbeit sinnvoll aufgegriffen und weiterentwickelt.

Mit freundlichen Grüßen

Gez.
Samira Backes-El Mahi
Ratsmitglied

Gez.
Hans-Rainer Steinbusch
Fraktionsvorsitzender

Gez.
Kim Pruß
Fraktionsgeschäftsführer